



HESSISCHER LANDTAG

20. 02. 2024

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Outsourcingpläne am UKGM

2023 hat die Landesregierung mit der privaten Klinikbetreiberin des Universitätsklinikums Gießen Marburg (UKGM) mit dem „Zukunftspapier Plus“ eine vertragliche Vereinbarung zur Weiterentwicklung des UKGM für die folgenden zehn Jahre geschlossen. Land und UKGM werden demnach bis 2033 etwa 850 Millionen Euro an den Standorten Gießen und Marburg investieren, um eine optimale Gesundheitsversorgung für die Menschen in der Region, die Qualität von Forschung und Lehre sowie die Sicherheit der Arbeitsplätze zu garantieren – etwa zwei Drittel der Mittel kommen vom Land, etwa ein Drittel von der privaten Eigentümerin. Darüber hinaus hat sich die private Eigentümerin verpflichtet, wenn nötig auch Eigenmittel bereitzustellen. Damit soll sichergestellt werden, dass vereinbarte Investitionen umgesetzt werden, auch wenn das UKGM die Mittel nicht vollständig selbst erwirtschaften kann, um die Belastung für das UKGM und dessen Beschäftigte zu begrenzen. In Fortführung des ersten Zukunftspapiers von 2017 verpflichtet sich die private Klinikbetreiberin zudem, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, Auszubildende zu übernehmen, Gewinne vollständig zu reinvestieren sowie keine Ausgliederung von Betriebsteilen vorzunehmen. Ausnahmen vom Ausgliederungsverbot kann es nur mit Zustimmung des Landes geben, insbesondere im Gegenzug für die gleichzeitige Wiedereingliederung derzeit ausgelagerter Bereiche.

Medienberichten zufolge soll die Geschäftsführung des UKGM nun erwägen, im Zuge einer Umstrukturierung des Küchenkonzepts die Zentralküche am Standort Marburg mit ca. 80 Mitarbeitenden zu schließen. Zukünftig solle für den Standort Marburg eine externe Zulieferung des eingefrorenen Essens erfolgen, das dann am Standort Marburg nur noch erhitzt wird.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von den konkreten Plänen zur Umstrukturierung des Küchenkonzepts der UKGM-Geschäftsführung?
 - a) Wenn ja: Welche?
2. Stimmt es, dass die Zentralküche am Standort Marburg geschlossen werden soll?
 - a) Wenn ja: Gehen mit der Schließung betriebsbedingte Kündigungen bei allen oder einem Teil der 80 dort beschäftigten Mitarbeitenden einher?
3. Falls betriebsbedingte Kündigungen erfolgen sollen: Sieht sie darin einen Verstoß gegen die im Zukunftspapier Plus geschlossenen Vereinbarungen zwischen Land und privater Klinikbetreiberin?
 - a) Wenn nein: Warum nicht?
4. Falls keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen sollen: Plant die Geschäftsführung anstatt dessen befristete Verträge des Küchenpersonals auslaufen zu lassen?
 - a) Wenn ja: Wie bewertet die Landesregierung diese Pläne?
5. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass es sich bei einer Schließung der Küche am Standort Marburg und der damit verbundenen Umstellung auf eine externe Zulieferung um eine Ausgliederung handeln würde?
 - a) Wenn nein: Warum nicht?

6. Wenn ja: Plant sie der Ausgliederung zuzustimmen und unter welchen Bedingungen?
 - a) Welche derzeit ausgelagerten Bereiche sollen im Gegenzug wieder eingegliedert werden?
7. Wie bewertet die Landesregierung die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen insgesamt?

Wiesbaden, 20. Februar 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke